

Landesdelegiertenkonferenz
27. September 2008
Umweltforum – Jerusalemkirche
Lindenstraße 85, 10969 Berlin

Grüne

Antragsteller:
Irma Franke-Dressler (Steglitz-
Zehlendorf), Stefan Gelbhaar
(Pankow), Ramona Pop
(Mitte), Michael Schäfer
(Mitte)

Gegenstand:
Beschlussantrag

E-1

**RADIKALE REFORMEN FÜR KLIMASCHUTZ,
ENERGIEVERSORGUNG UND ENERGIEVERBRAUCH SOZIAL
GESTALTEN**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge nachfolgenden Antrag beschliessen:

Begründung:

Mündlich

RADIKALE REFORMEN FÜR KLIMASCHUTZ, ENERGIEVERSORGUNG UND ENERGIEVERBRAUCH

5 SOZIAL GESTALTEN

10 Mit der nächsten Nebenkosten-Abrechnung weiß jeder Haushalt: Die Energiepreise sind in den vergangenen zwölf Monaten rasant gestiegen – und steigen weiter. Wir Bündnisgrünen wissen seit langem, dass es mehr als nur Debatten braucht, um das Klima nachhaltig zu schützen und eine zukunftsfähige Versorgung mit Energie zu schaffen. Ein „Weiter so“ kann es nicht länger geben. Effektiver Klimaschutz kostet viel Geld. Jeder wird in Zukunft mit steigenden Energiepreisen leben müssen. Doch nicht jeder wird diese Kosten problemlos zahlen können. Daher wird die Energiefrage auch zu einer neuen sozialen Frage.

15 Forderungen nach Aussetzung der Ökosteuer, Wiederbelebung der Pendlerpauschale oder längere Laufzeiten für Atomkraftwerke sind durchsichtige Wahlkampfmanöver von CDU und FDP. Die Atomlobby nutzt die Angst der Bürger vor Preissteigerungen für ihre Zwecke. Aber: Die Strompreise in Deutschland sind stark gestiegen, obwohl die Atomkraftwerke noch Strom produzieren. Die Geschichte vom billigen Atomstrom hat sich damit als das entlarvt, was sie ist: ein
20 Märchen.

Um Lösungen zu finden, wie die Gesellschaft auf die Folgen hoher Energiekosten reagieren kann, ist kurzfristige Energie- oder Steuerpolitik das falsche Instrument. Nur Populisten versprechen, dass Energie künftig wieder billiger wird. Und durch staatliche Subventionen wie sie von
25 FDP bis Linkspartei gefordert werden, lassen sich die explodierenden Energiekosten nicht bekämpfen. Allein um den Ölpreisanstieg der letzten fünf Jahre, in denen die Ökosteuer nicht erhöht wurde, abzufedern, müsste der Staat 60 Mrd. Euro jährlich aufbringen. Erstens ist der Staat dazu nicht in der Lage. Zweitens können staatliche Subventionen und pauschale Steuergeschenke gegen die Dynamik des Preisanstiegs wenig ausrichten. Wir brauchen eine Politik, die das
30 Problem bei den Wurzeln packt und uns von den immer teurer werdenden fossilen Energieträgern unabhängig macht: durch Energiesparen, Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien.

35 Bündnis 90/ Die Grünen wissen, dass es mehr Mühe macht, Konzepte auf den Weg zu bringen, die auf nachhaltige Reduzierung von Energieverbrauch ausgerichtet sind. Energetische Gebäudesanierung und die Umrüstung von Heizanlagen kosten Geld, aber ökologische Innovationen zahlen sich aus – für die Verbraucher und für die Wirtschaft. Eine konsequente Energiewende kann Arbeitsplätze insbesondere im Handwerk schaffen. Dies ist eine Zukunftschance für kleinere und mittlere Unternehmen in Berlin. Wir setzen deshalb auf eine sozial und ökologisch verantwortliche, zukunftsfähige Energiepolitik.
40

Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen für eine ökologische und sozial gerechte Entwicklung der Stadt. Es ist absehbar, dass einkommensschwache Haushalte den kontinuierlichen Preisanstieg der Strom- und Energiekosten schon bald nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können.
45 2006 wurde in ärmeren Haushalten jeder zehnte Euro für Heizung und Strom ausgegeben, heute ist es bereits jeder achte Euro. Diese Preissteigerungen bei Öl und Gas sind eine sozialpolitische Herausforderung, der sich die Gesellschaft stellen muss. Wir Bündnisgrünen fordern tragfähige Konzepte, um den Energie-Grundbedarf bezahlbar zu machen und Anreize zum Energiesparen – gerade für einkommensschwache Haushalte – zu schaffen. Wir wissen, dass es keinen

50 Zeitverzug mehr geben darf: Je später die Energiewende kommt, umso teurer wird es für alle. Für das zögerliche Handeln des Senats haben wir kein Verständnis. Rot-Rot nimmt Energieverschwendung widerspruchslos hin und veruntreut so Steuergelder, die sinnvoller eingesetzt werden könnten.

55 Denn wir Bündnisgrünen streiten seit Jahren offensiv für eine energiepolitische Revolution. Wir streiten für die maximale Nutzung der Neuen Energien: Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien. Wir wollen dem Klimawandel nach besten Kräften Einhalt gebieten. Wir verbinden dies mit der sozialen Verantwortung für die vielen Menschen, die die Last der steigenden Energiepreise nicht selbst schultern können.

60 **NACHHALTIGKEIT: ÖKOLOGISCHE INVESTITIONEN SIND SOZIAL**

Lebenshaltungskosten von steigenden Energiekosten entkoppeln

65 Weil wir davon ausgehen müssen, dass die Preise für Kohle, Öl und Gas weiter steigen werden, müssen wir unseren Verbrauch dieser fossilen Energien senken, die Energiekosten in den Griff zu bekommen. Dazu gibt drei Wege: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Eine Politik, die diese Neuen Energien nutzt, kann uns von den fossilen Energien unabhängig machen und die Lebenshaltungskosten von den Preissteigerungen entkoppeln.

70 Nur etwa zehn Prozent des deutschen Heizungsbestands sind auf dem aktuellen Stand der Technik. Das bedeutet, dass neunzig Prozent der Heizungen in der Bundesrepublik deutlich mehr Brennstoffe verbrauchen als nötig. Das kostet nicht nur unnötig Geld, sondern schädigt nachweislich das Klima. Mit energetischer Gebäudesanierung lässt sich der Energieverbrauch dauerhaft senken. Doch genau das ist in Berlin trotz der Renovierung vieler Altbauten im Ostteil nicht geschehen. Nur rund 13 Prozent der BerlinerInnen wohnen in den eigenen vier Wänden. Dies bedeutet, dass auch nur diese kleine Gruppe unmittelbar selbst energetische Gebäudesanierung betreiben kann.

80 **1. Wärmeenergieverbrauch der Berliner Haushalte halbieren**

Einige Bundesländer wie Hamburg oder Baden-Württemberg haben längst gesetzliche Anforderungen zur Wärmedämmung beziehungsweise zur Nutzung von Erneuerbaren Energien bei der Wärmeengewinnung erlassen. Sie haben so schon damit begonnen, die Bürger von den steigenden Energiekosten unabhängiger zu machen. Hier muss Berlin nicht nur nachziehen, sondern vorangehen. Bündnis 90/Die Grünen kämpfen deshalb für wirksame Vorschriften für die Wärmedämmung aller Wohngebäude und zur Nutzung erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung von Gebäuden im Land Berlin. Wir wollen den Wärmeenergieverbrauch der Haushalte so schrittweise halbieren.

90

2. Einführung des Energieausweises durchsetzen!

95 Der neue Energieausweis macht den energetischen Zustand eines Gebäudes transparent. Er muss bei Verkauf sowie Vermietung dem Vertragspartner unverzüglich vorgelegt werden. Wir fordern den Senat auf, voranzugehen, und unverzüglich Energieausweise für alle öffentlichen Gebäude ausstellen zu lassen.

100 Wir meinen, dass ein fehlender Energieausweise nicht folgenlos bleiben darf. Ein Mietvertragsabschluss ohne nachweisbare Vorlage eines Energieausweises ist zwar mit Bußgeld belegt. In Berlin sind aber keine Personalstellen vorgesehen, die Verträge überprüfen und bei Verstößen Bußgelder erheben und eintreiben. Angesichts der finanziellen Lage Berlins braucht es daher eine andere Lösung. Denn nur ein funktionierendes Energieausweissystem wird für Mieter und Vermieter zur Entscheidungsgrundlage bei der Ausgestaltung des Mietvertrages.

105 Daher fordern wir den Senat auf, im Bundesrat initiativ zu werden und eine Gesetzesvorlage einzubringen, die den Mietern Rechte einräumt: Bei Nichtvorlage des Energieausweises soll der Mieter die Möglichkeit erhalten, dem Vermieter einen Teil der Energiekosten in Rechnung zu stellen. Nur mit der Anschaffung und Vorlage des Energiepasses können die VermieterInnen dieses Kostenrisiko umgehen.

3. Energieeinsparverordnung endlich durchsetzen

115 Es gibt gute Vorschriften für den Neubau und die Sanierung von Gebäuden. Aber sie werden in Berlin nicht kontrolliert. Dadurch verschenken wir nach Einschätzung aus der Berliner Verwaltung etwa die Hälfte des Energieeinsparpotenzials. Wir Grüne wollen deshalb eine durchgreifende Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des neuen Bundesgesetzes für die Nutzung erneuerbarer Energien bei der Wärmegewinnung (EEWärmeG). Die Kontrolle dieser

120 Vorschriften wird für die Mieter deutlich niedrigere Heizkostenrechnungen bringen.

4. Energetische Gebäudesanierung starten. Das grüne Öko-Investprogramm

Die unter Rot-Grün initiierte und unter Schwarz-Rot erweiterte Förderung der energetischen Gebäudesanierung ist gut und wichtig. Allein: Die Umsetzung läuft schwerfällig und zu langsam. 70 Prozent der für den Gebäudebestand verbrauchten Endenergie kann mit den heute verfügbaren Technologien eingespart werden. Um im Gebäudebestand in einer Zeitspanne von zehn Jahren wirksame Effekte in der Energieeinsparung und im Einsatz erneuerbarer Energien zu erreichen, muss die Förderung auf eine sehr viel breitere Basis gestellt werden als bislang.

Wir fordern: Aufbau eines ÖkoInvestFonds

130 Ein ÖkoInvestProgramm muss so ausgestaltet werden, dass es nicht nur ökologische sondern gleichermaßen wirtschaftliche und soziale Effekte hat. Es werden in umfassender Weise regionale Arbeitsplätze auf dem Bau und im Gewerbe geschaffen und gesichert. Bei der Sanierung von Gebäuden kommunaler oder gemeinnütziger Träger sind auch Programme der gezielten Integration von Langzeitarbeitslosen machbar. Damit wird die regionale (Langzeit-) Arbeitslosigkeit gesenkt.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass im Zentrum eines Konzepts für eine zukunftsfähige Energiepolitik zur Förderung der Energiewende und der Investitionen der Aufbau eines revolving Fonds steht. Der größte Teil der Förderung soll in Form zinsverbilligter Darlehen gewährt werden. Der Rückfluss der Darlehen füllt den Zukunftsenergie-Fonds wieder auf und steht für erneute Investitionen zur Verfügung (revolvierender Fonds). Ziel ist es, einen bundesweiten Fonds von insgesamt ca. 8 Mrd. Euro aufzubauen, der zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung, von Energiesparen / Energiekosten für Haushalte mit Niedrigeinkommen und zur Förderung innovativer Energieforschung und -entwicklung dienen soll.

145 Finanziert werden soll der Fonds durch Mittel aus dem CO₂-Zertifikatehandel (ca. 3 Mrd. Euro), durch Gewinnabführung der Energiekonzerne aus bisherigen Zertifikatsverkäufen der Einbe-

ziehung der bereits für die CO₂-Minderung im Gebäudebereich eingestellten und vorgesehenen Mittel sowie idealerweise aus der Abschaffung des Dienstwagenprivilegs. Auch die Steuer-
mehreinnahmen wegen der steigenden Energiepreise wollen Bündnis90/Die Grünen gezielt für
eine zukunftsfähige Energiepolitik einsetzen.

150 Wir brauchen eine klare Botschaft zum Umgang mit den Steuermehreinnahmen aus den gestie-
genen Öl- und Gaspreisen. Wir müssen dieses Geld zusammen mit den Geldern des Emissions-
handels als Investitionsförderung der Gesellschaft zurückgeben. Nur so können wir den vielen
Umverteilungsbotschaften der anderen Parteien etwas ökologisch und ökonomisch Sinnvolles
entgegensetzen.

155

5. Mietpreise mit energetische Standards verknüpfen

Die fehlende energetische Sanierung eines Gebäudes belastet Mieter und Mieterinnen erheblich:
Die so genannte zweite Miete, die Betriebskosten, steigt derzeit erheblich schneller an, als die
160 eigentliche Miete. Das betrifft zuallererst den Altbaubestand. Es stellt sich für uns Bündnisgrüne
die Frage, warum ein Mieter oder eine Mieterin dafür zahlen soll, wenn VermieterInnen ihr
Haus nicht ordentlich isolieren oder keine neue Heizung einbauen.

Wir meinen, dass die GebäudeeigentümerInnen hier in einer besonderen Pflicht stehen. Auch
165 wenn VermieterInnen auf den ersten Blick nichts von einer energetischen Sanierung zu haben
scheinen rechtfertigt das keine Untätigkeit. Den MieterInnen müssen Instrumente an die Hand
gegeben werden, mit denen sie sich gegen hohe Betriebskosten auf Grund schlechten energeti-
schen Gebäudezustandes zur Wehr setzen können.

Energetischen Mietspiegel einführen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass im Mietspiegel auch der energetische Zustand von
Miethäusern berücksichtigt werden soll. Dies würde Mieterhöhungen bei schlechtem Gebäude-
zustand erheblich erschweren. Außerdem würde es dazu führen, dass die VermieterInnen, die
175 energetisch saniert haben und die Miete deshalb erhöhen mussten, nicht benachteiligt werden.
Darüber hinaus regen wir an, rechtlich prüfen zu lassen, ob ein Mietminderungsanspruch bei
Wohnungen unterhalb energetischen Normalzustandes möglich ist.

Energetische Gebäudesanierung sozial absichern: Mietpreisbindung

180

Für die EigentümerInnen müssen Anreize über Subventionen geschaffen werden, etwa durch
zinsgünstige Kredite oder Zuschüsse. Vorschläge liegen mit dem ÖkoInvestProgramm vor. För-
dermaßnahmen dürfen nicht mietwirksam werden. So kommen sie auch den Mietern zu Gute.
Eine solche Mietpreisbindung könnte ein Modellfall modernen sozialen und Klima schonenden
185 Wohn(um)baus werden.

6. Intelligente Stromzähler flächendeckend einführen

Intelligente Stromzähler zeigen den Kunden minutenaktuell den momentanen Verbrauch und
190 die damit verbundenen Kosten. Allein diese Transparenz führt nach einer Studie des Bundeswirt-
schaftsministeriums zu einer durchschnittlichen Stromeinsparung von 6,5% – die mit steigenden
Energiekosten eher größer ausfallen wird. Außerdem sind intelligente Stromzähler die Voraus-
setzung für die Einführung weiterer intelligenter Energieeffizienztechnologien in den privaten
Haushalten. Wir wollen, dass das Land Berlin mit Vattenfall eine schnelle flächendeckende Ein-
195 führung dieser Zähler vereinbart. Eine flächendeckende Einführung im Roll-out-Verfahren wäre

auch finanziell wesentlich günstiger, als die der von der Bundesregierung vorgesehenen schlep-
pende Einführung der intelligenten Stromzähler.

200 **7. Öffentlichen Gebäudebestand energetisch sanieren heißt: Berlin von steigenden Energieprei- sen unabhängiger machen**

Wir meinen: Die Hauptstadt muss klimapolitisch vorangehen und sich so von steigenden Ener-
giepreisen unabhängiger machen. Deswegen haben wir bereits seit langer Zeit vorgeschlagen,
205 500 Millionen Euro zur energetischen Sanierung bereit zu stellen, finanziert über die nächsten
fünf Jahre aus den am Jahresende jeweils nicht verausgabten Investitionsmittel des Landeshaus-
halts.

Investitionsstau kreativ auflösen

210 Rund 6000 Gebäude in öffentlicher Hand besitzt Berlin. Viele davon sind in einem schlechten
Zustand, der Sanierungsbedarf beträgt mehr als 900 Millionen Euro. Um die notwendige Sanie-
rung um Dämmung, Solaranlagen, neue Fenster oder neue Heizanlagen zu ergänzen, bedarf es
erheblicher Investitionsmittel. Doch diese Ausgaben würden sich durch die Energieersparnis a-
215 mortisieren. Mit dem Grünen Investitionsfonds Klimaschutz würden in den nächsten 20 Jahren
1,0 bis 1,3 Milliarden Euro eingespart und 14 bis 17 Milliarden Tonnen CO₂ vermieden. Neben
den positiven Effekten für die Umwelt wären Investitionen in den Gebäudebestand der öffentli-
chen Hand praktische Wirtschaftsförderung für Handwerk und Industrie, allein im Handwerk
würden nach Berechnungen der Berliner Handwerkskammer dadurch über 2000 Vollzeitarbeits-
220 plätze für die nächsten 7 Jahre geschaffen. Aber der Senat macht es sich und anderen schwer,
Gelder für Wärmedämmung, Heizungsanlagen und Regelungstechnik zu mobilisieren. So dürfen
Bäderbetriebe oder Immobilienmanagement keine Darlehen aufnehmen, um solche Investitio-
nen zu stemmen. Auch das Land selbst nimmt für zusätzliche energetische Sanierungen keine
225 zinsverbilligten Förderkredite des Bundes (KfW) auf. Natürlich begrüßen wir eine sparsame Aus-
gabenpolitik. Wenn es sich aber um selbst amortisierende Darlehen handelt, sollte der grund-
sätzlich richtige Schuldenabbau nicht zum Dogma werden! Wer sich wie rot-rot Energiespar-
Investitionen spart, wählt die teuerste Form der Verschuldung.

Preise für öffentliche Infrastruktur sozial verträglich erhalten

230 Nur ein Energiesparprogramm für öffentliche Gebäude wird auch den Landeshaushalt mittel-
und langfristig entlasten. Dass der Senat hier keine Initiative zeigt, ist mehr als fahrlässig. Indem
Rot-Rot untätig bleibt, wird Berlin in naher Zukunft wegen der fehlenden Investitionen drauf-
zahlen müssen – denn die Energiepreise werden weiter steigen. Dabei würde die Rendite heuti-
235 ger Investitionen einmalig gut sein – sowohl unter finanziellen Aspekten als auch für das Klima.
Zudem gilt: Nur durch schnelle Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, lassen sich Energie-
kosten senken und damit die Preise der BVG oder der Bäderbetriebe dauerhaft sozial verträglich
gestalten!

240

ENERGIESPAREN ALLEN MÖGLICH MACHEN

245 **1. Steigende Betriebskosten bei der Übernahme von Wohnkosten berücksichtigen**

250 Viele Berlinerinnen und Berliner können sich die steigenden Betriebskosten nicht leisten. Laut Mieterbund sind die durchschnittlichen Heizkosten seit 2005 von 76 Cent pro Quadratmeter auf 1,08 Euro 2008 gestiegen. Auch die Wohnungswirtschaft geht von deutlich höheren Betriebskosten aus. Schon 2007 lagen demnach die durchschnittlichen Betriebskosten oberhalb der in der Berliner Ausführungsvorschrift (AV) Wohnen angenommenen 2,22 Euro. Die AV Wohnen soll zur Ermittlung angemessener Wohnkosten dienen, die Grundlage für die Höhe von Transferleistungen ist.

255 Der überwiegende Teil der Berliner Bevölkerung lebt in Mietwohnungen großer Wohnungsgesellschaften. Die Mehrheit der BerlinerInnen hat daher nur geringe Möglichkeiten die Heizkosten zu reduzieren. Steigende Energiekosten belasten gerade einkommensschwache Haushalte überproportional. Exorbitante Preissteigerungen treffen ALG-II-EmpfängerInnen besonders hart, weil ihnen bei einer Überschreitung der gesetzlich vorgegebenen Mietobergrenzen ein Zwangsumzug droht.

260 Wir fordern vom Land Berlin, dass die steigenden Betriebskosten von ALG-II-EmpfängerInnen abgedeckt werden. Die Kostenexplosion der Betriebskosten auf Grund steigender Energiepreise und der Wasserpreiserhöhung des Senats darf nicht zu Zwangsumzügen führen.

265

Vollständige Übernahme auch der Heizkosten-Steigerung

270 Die jetzt anstehenden Nachzahlungen auf Grund gestiegener Heizkosten für die 346 000 Haushalten von Hartz IV-Empfängern müssen die Jobcenter deshalb voll übernehmen. Der Städte- und Gemeindebund geht allein für 2008 für alle deutschen Kommunen von einer zusätzlichen Belastung von 25 Prozent aus. Umgerechnet auf Berlin würde das Mehrkosten von rund 40 Millionen Euro nur für die Heizkosten von Hartz-IV-Empfängern bedeuten. Steigende Heizkosten bedeuten also stetig steigende Ausgaben staatlicher Haushalte.

275 In einem zweiten Schritt müssen die Jobcenter diese erhöhten Kosten auch zukünftig berücksichtigen. Deshalb müssen Heizkostenzuschläge in die „AV Wohnen“ aufgenommen werden.

2. Soziale Energieberatung über öffentlich geförderte Beschäftigung

280

Jeder Haushalt kann durch einfache Maßnahmen zur Energieeinsparung und durch Verhaltensänderungen im Bereich der Haushaltsenergie einen wichtigen Beitrag zur Senkung seines Energieverbrauchs und damit seiner Kosten leisten. Doch Energiesparen ist bislang für einkommensschwache Haushalte so gut wie kein Thema. Es fehlen zielgruppengerechte Informationen darüber, was durch energiesparendes Verhalten eingespart werden kann. Erfolgreiche Modellprojekte – wie das z.B. das Projekt „Energiesparservice“ des Caritasverbandes Frankfurt/Main, zeigen, dass es oftmals erhebliche Informationslücken über energiesparendes Verhalten im Haushalt gibt.

290 Bündnis 90/ Die Grünen schlagen vor, soziale Energieberatung mit öffentlich geförderter Beschäftigung zu verbinden. Der Vorschlag: Das Land Berlin bietet einen kostenlosen Energiesparservice für einkommensschwache Haushalte. Dafür werden erwerbslose Menschen entsprechend qualifiziert und geben im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung das Wissen über Einsparmöglichkeiten bei Strom- und Wasserverbrauch sowie Heizenergie an Personen weiter, die Transferleistungen beziehen. Auf Anfrage gehen die Energieberater in die Haushalte und führen dort kostenlos einen umfassenden Energiecheck mit ausführlicher Beratung durch. Dabei werden fehlende kleinere technische Geräte zur Effizienzsteigerung im Wert von etwa 50 Euro direkt vor Ort installiert werden. Mit Hilfe solcher „Starterpakete“ – dazu gehören unter anderem Energiesparlampen und (Warm-)wassersparkschöpfe – lassen sich die Energiekosten pro

295

300 Jahr um bis zu 100 Euro reduzieren. Die staatlichen Stellen weisen auf das Beratungsangebot ausdrücklich hin. Der doppelte Nutzen: Sowohl die einkommensschwachen Haushalte, als auch die öffentliche Hand sparen so Energiekosten.

305 Auch das vom BUND Berlin initiierte Projekt zur Energieberatung in Migrantenfamilien sollte auf diese Weise ausgebaut werden.

3. Anreizprogramm zum Energiesparen für Transferhaushalte

310 Wir meinen, Investitionen in energiesparende Gebäude und Geräte müssen politisch angeregt und finanziell unterstützt werden. Nicht der Energiepreis muss verbilligt werden, sondern die Möglichkeit, Energie zu sparen. Der bündnisgrüne Ansatz lautet:

315 einkommensschwache Haushalte entlasten, ohne ihren Energieverbrauch zu subventionieren. Dies muss etwa im Rahmen von Anschubfinanzierungen als auch durch Initiierung von Anreizprogrammen zum Energiesparen geschehen.

320 So soll geprüft werden, ob ein Anreizprogramm zum Energiesparen für Haushalte geschaffen werden kann, deren Heizkosten im Rahmen der Kosten der Unterkunft (SGB II, SGB XII) von den Berliner Bezirken getragen werden. Im Rahmen dieses Programms sollen die finanziellen Vorteile durch verhaltensbedingte Einsparungen von Heizenergie im Vergleich zum Referenzjahr 2006 zu 50 Prozent bei den jeweiligen Haushalten verbleiben. Die restlichen 50 Prozent spart der Bezirk ein. Vorbild für dieses System ist das erfolgreich an Berliner Schulen durchgeführte Projekt Fifty-Fifty zur Energieeinsparung. Dieses Erfolgsmodell soll auf Haushalte mit geringem Einkommen übertragen werden. Das Programm soll durch die soziale Energieberatung flankiert und unterstützt werden.

4. Progressive Strompreise mit sozialem Einstiegstarif einführen

330 Die geltenden Tarife der Stromanbieter sind weder sozial gerecht noch ökologisch sinnvoll. Einerseits wird hoher Energieverbrauch häufig durch eine degressive Tarifgestaltung belohnt. Und andererseits können sich immer mehr einkommensschwache Haushalte die Bezahlung selbst eines Mindestverbrauchs kaum noch leisten. Denn anders als die Heizkosten, die für ALG-II-EmpfängerInnen komplett übernommen werden, müssen die Transferbezieher den Strom aus ihrem Lebensunterhalt bezahlen. Besondere Sozialtarife für Transferleistungsempfänger sind keine Lösung, da sie Geringverdiener, die von Energiearmut ebenfalls bedroht werden, außen vor lässt. Zudem bieten sie keinerlei Anreize zum Energiesparen.

Grundgebühr abschaffen, klimaschonende Stromspar-Tarife einführen!

340 Um einen Anreiz zum Strom- und Gassparen zu geben und um Haushalte zu entlasten, setzen wir uns grundsätzlich dafür ein, dass die Strom- und Gaspreisgestaltung für Privathaushalte nicht mehr in Grundpreis und Verbrauchspreis geteilt wird.

345 Bündnis 90/ Die Grünen favorisieren ein auf den Überlegungen der Verbraucherzentrale NRW beruhendes Modell: Hierbei sollen die Energieversorger gesetzlich verpflichtet werden, einen Stromspartarif anzubieten, bei dem eine bestimmte Energiemenge als Existenzminimum zu einem geringen Preis zur Verfügung gestellt wird. Der Vorschlag: Pro Jahr und im Haushalt lebender Person sollen 250 kWh zu einem geringen Preis zur Verfügung gestellt werden. Oberhalb dessen sollen die Tarife progressiv gestaltet werden.

350 Die Vorschläge der anderen Parteien zu Veränderungen in den Tarifstrukturen lehnen wir ab.
Denn die Vorschläge von Linkspartei bis CDU geben für Teile der Bevölkerung keinen oder nur
geringste Anreize zum Stromsparen. Angesichts der weiter steigenden Energiepreise verschieben
sie das Problem höchstens ein paar Jahre, anstatt es zu lösen. Und das mit enormen Kosten für
den Staat.

355

5. Vollständige Strom- und Gassperren verbieten

In den letzten Jahren wurde in Berlin rund 25.000 Haushalten der Strom abgestellt, weil sie ihre
Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Für die Betroffenen heißt das: kein Licht, kein Kühl-
schrank, kein warmes Wasser. Berlins größter Stromversorger hat in den ersten sechs Monaten
360 des Jahres 2008 bereits 9500 Haushalten den Strom abgeschaltet. 2007 waren 22 600 Haushalte,
im Jahr davor rund 25 000 betroffen. Die Gasag hat im Jahr 2007 rund 4 700 Haushalte von
der Gasversorgung abgekoppelt, im Jahr zuvor rund 5 400. In diesem Jahr hat es bis Juni rund 2
300 Sperrungen gegeben.

365

Niemand darf durch Strom- oder Gassperren beeinträchtigt werden. Wir fordern daher ein Ver-
bot totaler Strom- und Gassperren für einkommensschwache Haushalte. Bei Zahlungsverzug
muss der Energieversorger weiter eine begrenzte Menge an Strom und Gas für Grundbedürfnis-
se wie Licht und Kochen zur Verfügung stellen. Ein solches System ist mit Erfolg in Belgien ein-
370 geführt worden.

6. Kein Neubau von Kohlekraftwerken!

Das von Vattenfall geplante gigantische Kohlekraftwerk in Berlin-Rummelsburg wäre ein Klima-
killer und würde die Monopolstruktur auf dem Berliner Fernwärmemarkt auf Jahrzehnte zemen-
375 tieren. Aufgrund zu erwartender Fernwärmevorrangregelungen würde dies zu Monopolgewin-
nen führen, die selbst die beste Regulierung nicht abfedern könnte. Sie wären eine weitere Be-
lastung für die Stromkunden. Ein neues Kohlekraftwerk lehnen wir auch deshalb ab.

380 Eine nachhaltige Energiewende bedeutet für uns auch die Hinwendung zu dezentralen Lösun-
gen. Denn es gibt Alternativen: Ökologische Wärme- und Stromversorgung kann mittels dezentraler
Blockheizkraftwerke oder Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen gesichert werden. Solche An-
lagen sind in jedem Haus installierbar. So gewonnenen Strom kann man ins Netz einspeisen.
Das würde den Wettbewerb beleben. Dezentrale KWK-Lösungen bringen den Handwerkern vor
385 Ort Aufträge und machen die Stadt mittelfristig von Preissteigerungen bei Energie unabhä-
ngiger.